

hinein. Er arbeitete auf bundesdeutscher wie europäischer Ebene und war politisch in der CDU Köln organisiert. War er nun ein Nazi, wie Großbölting eingangs fragt? Bei seinem Eintritt in die NSDAP war er dies gewiss, und auch während der NS-Zeit ging er wohl kaum in die innere Emigration, sondern war ein Teil des intellektuellen Räderwerks des Regimes. Er verstand es, seine Vergangenheit weitgehend zu verbergen. Großbölting urteilt vorsichtig, aber deutlich. Müller-Armack besitzt keinen Vorbildcharakter für heute oder morgen.

Holger Czitrich-Stahl

Carola Sachse: Wissenschaft und Diplomatie. Die Max-Planck-Gesellschaft im Feld der internationalen Politik (1945–2000) (= Studien zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 4). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2023, 594 S.

Carola Sachse analysiert in ihrer Studie die Wissenschaftspolitik der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft im Spannungsfeld zwischen „Außenwissenschaftspolitik“ und „Wissenschaftsaußenpolitik“, wie sie terminologisch unterscheidet (S. 21 ff.), also zwischen den Einflüssen und Einflussnahmen des politischen Systems und dem Bemühen der MPG um eigene Wissenschaftsautonomie. Als „Identitätskern“ der MPG erscheint dabei die „Grundlagenforschung“ in der Organisationsform des sogenannten „Harnack-Prinzips“ – des Aufbaus und der Ausrichtung ganzer Institute mit exzellenten Direktoren im Mittelpunkt. Sachse deutet an, dass hier eine Art Genieästhetik und „Führerprinzip“ (S. 77) im idealisierten und ideologisierten Glauben an den „exzellenten“ Direktor walte. Das „groteske Ausmaß der Geschlechterdisparität“ (S. 13) thematisiert die Autorin dabei immer wieder leicht ironisch, wie sie überhaupt ebenso stoffreich, luzide und klar wie locker und unterhaltsam

formuliert. Die Ausrichtung auf „autonome“ Grundlagenforschung konfligiere dabei immer mehr mit Finanzierungsproblemen der Großforschung, die nur noch kooperativ und international zu stemmen seien, sowie der projektorientierten Ausrichtung auf „angewandte“ Wissenschaft.

Relativ knapp erörtert Sachse einleitend die NS-Hypothesen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die zunächst „höchst ungewisse Option“ (S. 57) einer Weiterführung als Max-Planck-Gesellschaft mit personellen Kontinuitäten. Deutlich wird die hohe Relevanz der Kernforschung und vertrauensvoller Kooperationsbeziehungen gerade unter den international vernetzten Pionieren dieser neuen Schlüsseltechnologie. Otto Hahn wurde der erste Präsident der MPG; Carl Friedrich von Weizsäcker steht dann für die Übersetzung von Grundlagenforschung in ein „wissenschaftliches Weltverständnis als Mission“ (S. 87 ff., 92 ff.): einen Griff in die Rezeptur und Gesamtdeutung, der in den 1970er-Jahren dann im von ihm gemeinsam mit Jürgen Habermas geleiteten Starnberger Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt grandios scheiterte (S. 110 ff.).

Sachse zeigt zunächst, dass die Max-Planck-Gesellschaft nach 1945 mit einem entpolitisierten Selbstverständnis auf die Hyperpolitisierung im Nationalsozialismus antwortete. Willy Brandts neue Außenpolitik (S. 96 ff.) nutzte und mobilisierte das internationale Ansehen deutscher Spitzenwissenschaft dann zwar als „dritte Säule“ neben klassischer Diplomatie und ökonomischen Mitteln. Die Aktivitäten der MPG wurden unter Helmut Schmidt jedoch bereits auf eine spezialisierte „Bringschuld“ (S. 134 ff.) heruntergestutzt und ernüchtert. Dabei musste die MPG ihren Identitätskern der „autonomen Grundlagenforschung“ auch gegen den Zug zur europäisierten Kooperation und Projektförderung behaupten, was sie auch

nach 1989 in der strukturkonservativen Abwicklung der Ost-Akademien bzw. Übertragung ihres Typus tat (S. 179 f., 191 f.).

In einem zweiten Durchgang exemplifiziert Sachse diese Befunde dann für die „kultur- und wissenschaftspolitischen Missionen der MPG in Italien, Spanien, der UdSSR und China“, wobei sie in ihrem stoffreich verdichteten Text über die genannten Länder vielfach hinausgeht. Die Rede von „Missionen“ dürfte im ambigen Geflecht von „Außenwissenschaftspolitik“ und „Wissenschaftsaußenpolitik“ leicht ironisch einerseits als dienstlicher „Auftrag“ und andererseits als starker Exzellenz- und Berufungsdünkel gemeint sein. Innerhalb der MPG wie im Auslandsinteresse dominierten überall die Naturwissenschaften und Spitzentechnologien. Die „Geisteswissenschaften“ werden als Mauerblümchen der MPG in Sachses Darstellung kaum thematisiert. Die Fallstudien zur UdSSR und zu China sind heute im Rahmen neuer Dissoziationen besonders interessant: Sachse zeigt hier, wie die Politik ihre „dritte Säule“ massiv einsetzte, dabei aber erst mit Deng Xiaoping und Gorbatschow auf größere Offenheit und Resonanz stieß. Die MPG folgte der BRD – wie verstärkt auch der EU-Wissenschaftsaußenpolitik nicht sklavisch, sondern nutzte vielmehr die Impulse zur „Normalisierung“ (S. 372) bilateraler Kooperationen im Sinne des eigenen Identitätskerns („Science against Diplomacy“). Politische Rückschläge wie das Tiananmen-Massaker wurden eher „kosmetisch“ (S. 357) berücksichtigt.

Die MPG diene den Partnerländern dabei vor allem als Wissenschaftstransfer für den akademischen Nachwuchs, der häufig nicht zurückstrebte (Brain-Drain-Problematik). Das Instrument der Nachwuchsgruppen bzw. „Partnergruppen“ (S. 507 f.) hat sich als besonders erfolgreich erwiesen. „Die vergleichsweise geringfügige Beiladung westlich-demokratischer Werte, verpackt in geistes- und sozialwissenschaftliche Projekte, wurde

[dagegen] vom chinesischen Adressaten wenn nicht überhaupt verweigert, dann doch ungenutzt entsorgt“ (S. 373). Der gewünschte Export des MPG-Modells erfolgte nirgendwo, der MPG gelang es aber, eine „Normalisierung“ ihrer bilateralen Aktivitäten im Sinne ihres Identitätskerns durchzusetzen, ihre relative Autonomie zu bewahren und sich nicht als Magd der Regierungspolitik instrumentalisieren zu lassen.

Im letzten Hauptteil skizziert Sachse diese relative Autonomie und Politikferne als ambigie „Spur der Sorge um den Weltfrieden und die Erde“. Sie zeigt zunächst ausführlich erneut am Zentralvertreter Carl Friedrich von Weizsäcker, wie die Auseinandersetzung mit der atomaren Sorge um den Weltfrieden von der Politik der Memoranden (S. 380 ff.), wie der Göttinger Erklärung, ausging und über die Selbstkritik Weizsäckers in Starnberger „Strategiespiele“ (S. 416 ff.) und alternative Konzepte „defensiver Verteidigung“ mündete. Über die „Friedensbewegung“ der 1980er-Jahre kam es hierbei zu einem Gespräch zwischen Gorbatschow und Hans-Peter Dürr (S. 469 f.), der innerhalb der MPG allerdings in heftigem Streit mit der Generalverwaltung stand (S. 515). Die Autorin zeigt dann, wie die MPG sich der etwa von Paul Crutzen vehement vorangetriebenen Klimawandel- und Umweltforschung recht zögerlich zuwandte. Sie schließt mit einer Rekapitulation und der Feststellung, dass „Putins Angriffskrieg“ dazu angetan sei, mit den Kooperationen auch die ohnehin nachhinkende und existenziell nötige Klima- und Umweltforschung weiter zurückzuwerfen.

Knappe Schlussbemerkungen zu einem gewaltigen Thema und stoffreichen, dichten Werk fallen schwer. Sachse schreibt in mancher Hinsicht eine Erfolgsgeschichte, bei welcher der strukturkonservative „Identitätskern“ der Organisation oft korrektiv mit forschungspragmatischer Nutzen- und Anwendungsorientierung konfligierte. Der Fetisch „Grundlagenforschung“ bot

positive wie negative Aspekte. Im Fahrwasser der Bundespolitik konnte die „Wissenschaftsaußenpolitik“ vieles bewirken und auch „against Diplomacy“ retten. Geisteswissenschaftler lesen die klare Übersichtsdarstellung mit einiger Demut: Sie sehen die marginale Bedeutung ihrer Fächer in der innovativen Schlüsselforschung. Nur wenigen ist es gegeben, aus einer Startposition in der MPG heraus, wie Albrecht von Müller, in die Gründung eines Software-Milliardenunternehmens umzusteigen, dessen Stiftung dankbar die „MPG als Letztbegünstigte“ einsetzte (S. 437 f.)

Reinhard Mehring

Alexander Kraus/Christoph Lorke (Hrsg.): Zeitgenössische Kunst fördern und vermitteln. Neugründungen von Kunstvereinen in der Bundesrepublik nach 1945/49 (= Texte zur Geschichte Wolfsburgs. Bd. 43). Ecrivir Verlag, Hannover 2022, 280 S.

Die historische Beschäftigung mit Kunstvereinen in der Bundesrepublik steckt noch in den Anfängen.¹ Einen wichtigen Beitrag zu ihrer Erforschung leistet der Sammelband von *Alexander Kraus* und *Christoph Lorke*, der 13 Beiträge zu Kunstvereinsneugründungen seit 1949 in sechs industriell geprägten Städten Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens vereint. Die Vereine in Leverkusen, Wolfsburg, Bochum, Gelsenkirchen, Unna und Gütersloh avancierten zu Vermittlern zwischen Kunstschaffenden und städtischer Öffentlichkeit (S. 8).

1 Vgl. als erste Ansätze u. a.: Walter Grasskamp: *Die unbewältigte Moderne. Kunst und Öffentlichkeit*, München 1994, S. 120–132; Marion F. Deshmukh: *The Revision of Vision. The Kunstvereine after 1945 – Observations on Postwar Arts Reconstruction*, in: Wolfgang U. Friedrich (Hrsg.): *Germany and America. Essays in Honor of Gerald R. Kleinfeld*, New York 2001, S. 99–122.

Ihre Untersuchung ist somit erhellend für die Geschichte „kommunaler Kulturpolitik und bürgerlichen Engagements ‚im Kleinen‘“ (S. 14).

Der Band entstand aus einer Forschungsübung an der Universität Münster; Autoren sind bis auf einen einführenden Beitrag der Herausgeber Studierende und Absolventen der Geschichte und Kunstgeschichte. Der zeitliche Fokus liegt vor allem auf den 1960er- und 1970er-Jahren. In ihrem einleitenden Beitrag nennen Kraus und Lorke vier Themenkomplexe, die in den Aufsätzen des Bandes vertieft werden: (1) das Selbstverständnis sowie die Ausstellungspraxis der Vereine, (2) ihre Einbettung in „übergreifende [...] politisch-gesellschaftliche [...] Entwicklungen“ (S. 11), (3) das Aufzeigen lokaler Spezifika (S. 12) sowie (4) das Verhältnis von Kunstmetropolen und „mutmaßlich ‚Provinzielle[m]‘“ (S. 13). Die einzelnen Beiträge beschäftigen sich meist schwerpunktmäßig mit einem dieser sich freilich überlappenden Themen.

In Bezug auf die Ausstellungspraxis standen alle untersuchten Kunstvereine im Spannungsfeld zwischen dem Zeigen älterer und jüngerer zeitgenössischer Kunst. In mehreren Vereinen fand diesbezüglich ein Wandel statt: So wollte der Kunstverein Bochum zunächst Kunst der klassischen Moderne und der Gegenwart in gleichem Umfang ausstellen, fokussierte sich aber ab Mitte der 1960er-Jahre auf Letztere (S. 130). Die erste Ausstellung des Kunstvereins Unna zeigte Werke bereits etablierter Künstler von 1948 bis 1968 (S. 218 f.). Wenige Jahre später war der Verein überregional bekannt für „neue, offene, zuweilen auch gesellschaftskritische Programme“ (S. 227). Alle sechs Vereine stellten ab den 1960er-Jahren in erster Linie zeitgenössische Kunst aus und wurden zu „Begegnungsstätten“ (S. 8) – ein spannender Befund für die untersuchten Neugründungen, der sich allerdings nicht für alle westdeutschen Kunstvereine verallgemeinern lässt.